

Die Einbindung der Zivilgesellschaft in das politische System der Europäischen Union

Seit nunmehr 30 Jahren sind zivilgesellschaftliche Organisationen in Brüssel und im Umfeld der europäischen Institutionen aktiv. Ehrlicherweise waren die Gründe zu Beginn auch materiell motiviert, denn die EU eröffnete Möglichkeiten der Projektfinanzierung (oder besser gesagt, Kofinanzierung), die auf Ebene der Mitgliedsstaaten nicht oder nicht mehr existierten.

Das Hauptanliegen war und ist es aber, über die organisierte Zivilgesellschaft die Politik der europäischen Institutionen zu begleiten und mitzugestalten. Im Unterschied zu Berufslobbyisten, die ihre speziellen Partikularinteressen bewahren wollen (z.B. geringe Umwelt-, Sozial- und andere Standards) und die gerne in die vielstimmigen Kanon von „Regulierungswut“ einstimmen, verfolgt die organisierte Zivilgesellschaft ein anderes Interesse: die Gemeinwohlverpflichtung. Wenngleich Nicht-Regierungs-Organisation (NRO) nur ein gesetzlicher Status ist, sind die Europäischen Organisationen und Netzwerke der Zivilgesellschaft eben nicht gewinnorientiert und vor allem gemeinnützig.

Seit Mitte der 90er Jahre haben sich die verschiedenen Organisationen, nicht zuletzt auf Anregung der Europäischen Kommission, in übergreifenden Netzwerken zusammengeschlossen: SOCIAL PLATFORM¹ für die Sozial-NGOs, CONCORD² für die nationalen und europäischen Entwicklungsplattformen, EUCIS-LLL³ für den Bereich Bildung und lebenslanges Lernen, Green 10 aus dem Bereich Umwelt u.v.m.

Des Weiteren haben diese Dachverbände Koordinierungsinstanzen gebildet, die der besseren Absprache und dem effektiveren Vertreten gemeinsamer Anliegen dienen: so zum Beispiel die Civil Society Contact Group und die Liaison Group⁴ des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA), um nur einige zu nennen.

¹ SOCIAL PLATFORM: <http://www.socialplatform.org/>

² CONCORD: <http://www.concordeurope.org/>

³ EUCIS-LLL: <http://www.eucis-lll.eu/>

⁴ Liaison Group: <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.liaison-group>

Die Sozialpartner verfügen seit dem Vertrag von Nizza über einen anerkannten Status, der den sozialen Dialog auf europäischer Ebene anerkennt und seine Träger in den Politik- und legislativen Prozess einbezieht. Mit der neuen Juncker-Kommission ist sozialer Dialog sogar ein Portfolio eines Kommissionsvizepräsidenten geworden (Valdis Dombrovskis). Die Sozialpartner stimmen die Bereiche des sektoriellen sozialen Dialogs mit ihren nationalen Mitgliedern ab und sind institutionell in den Trilog (Rat, Arbeitgeber und Gewerkschaften) eingebunden.

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen waren hingegen nur bedingt in den institutionellen Prozess einbezogen, was sich aber mit der Aufnahme des zivilgesellschaftlichen Dialogs im Artikel 11 des Lissabon-Vertrags⁵ geändert hat. Auch wenn dieser Artikel eigentlich bindenden Charakter hat, setzen ihn die europäischen Institutionen, wenn überhaupt, nur partiell um.

Bei der Portfolioaufteilung der neuen Kommission hat Kommissionspräsident Juncker erst nach massivem Protest reagiert und das ursprünglich dem ungarischen Kommissar Navracsics zugedachte Portfolio „Bürgerschaft“ an den griechischen Kommissar Dimitris Avramopoulos, der ebenfalls für Innere Angelegenheiten und Migration zuständig ist, übertragen.

Im Unterschied zum sozialen Dialog, der einem Vizepräsidenten zugeteilt ist, finden sich allein die Grundrechte bei Vizepräsident Timmermanns angesiedelt. Der zivile Dialog wurde vom Kommissionspräsidenten bei seinen beiden Bewerbungsreden vor dem Europäischen Parlament im Herbst 2014 nicht einmal erwähnt.

Natürlich bedauern alle Vertreterinnen und Vertreter der Kommission und des Europäischen Parlaments, dass sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger von der EU, ihren Institutionen und der Demokratie abwenden.

Der Enthusiasmus über den neuen Ansatz der Ernennung von Spitzenkandidaten bei der Europawahl kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Wahlbeteiligung immer noch viel zu niedrig war und dass das Protestwahlverhalten ausgerechnet die Präsenz der Europaskeptiker, Europagegner und Nationalisten im Europaparlament gestärkt hat.

Beim zivilen Dialog auf europäischer Ebene besteht das Missverständnis in der Regel darin, dass die Kommission Dialog mit Konsultation (stakeholder dialogue) und Kommunikation verwechselt wird. Das Europäische Jahr der Zivilgesellschaft 2013 war hierfür ein Beleg. Nur knapp 2 Millionen Euro (bislang das finanziell am schlechtesten ausgestattete Europäische Jahr!) standen insgesamt zur

⁵ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema "Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Umsetzung von Artikel 11 Absatz 1 und Artikel 11 Absatz 2 des Vertrags von Lissabon" (Initiativstellungnahme) (14.11.2012):

https://dm.eesc.europa.eu/eesc/2012/layouts/WordViewer.aspx?id=/eesc/2012/0999/766/ces766-2012_00_00_tra_ac/ces766-

https://dm.eesc.europa.eu/eesc/2012/layouts/WordViewer.aspx?id=/eesc/2012/0999/766/ces766-2012_00_00_tra_ac.de.doc&DefaultItemOpen=1&Source=http%3A%2F%2Fdm.eesc.europa.eu%2FEESCDocumentSearch%2FPages%2Fopinionsresults.aspx%3Fk%3D%28rapporteur%3AJAHIER%29%28documentlanguage%3ADE%29

Verfügung, und davon allein 1,4 Millionen Euro für Kommunikation durch die EU-Kommission und ihre Vertretungen in den Mitgliedsstaaten! Dennoch haben über 60 europäische Organisationen und Netzwerke das Jahr - mit nur 600.000 Euro für ganz Europa - getragen und zu einem Erfolg gemacht. Die Erkenntnisse und Empfehlungen (s. EYCA2013⁶) liegen seit Dezember 2013 den Institutionen vor. Auf Reaktionen und Umsetzung warten die im Europäischen Jahr 2013 engagierten zivilgesellschaftlichen Organisationen immer noch.

Aus diesen Erfahrungen, aus der Zusammenarbeit und dem durch die Zusammenarbeit erneuerten Vertrauen ist nunmehr ein neuer Ansatz entstanden: der Aufbau einer neuen Plattform: CIVIL SOCIETY EUROPE⁷. Mehr als 30 Netzwerke haben ihr Interesse bekundet, eine solche neue Plattform mitzutragen, die sich mit den übergreifenden Anliegen befasst: Verankerung des zivilen Dialogs auf europäischer Ebene, Förderung der Partizipation und der Transparenz. Analog zu BusinessEurope und zum Europäischen Gewerkschaftsbund soll hier eine Plattform entstehen, die die organisierte Zivilgesellschaft repräsentiert und Ansprechpartnerin der europäischen Institutionen im Sinne des zivilen Dialogs nach Artikel 11 wird.

Natürlich werden wieder Stimmen laut werden, die hinterfragen, ob diese Plattform denn auch repräsentativ und legitimiert ist? Ausgerechnet! Partizipation und Engagement findet in der Regel breite Zustimmung als Prinzip und Fundament der Demokratie, aber dass die Zivilgesellschaft sich organisiert und auch noch beansprucht, legitimiert zu sein, grenzt für manche Vertreter oder Vertreterin der Institutionen schon an Provokation.

Praxis ist im französischen Sinne eine „fin de non recevoir“, was in schlichtem Deutsch mit „ignorieren“ übersetzt werden muss.

Trotzdem sind die Organisationen der Zivilgesellschaft Teil der Prozesse:

- Sie werden eingebunden und konsultiert:

Einerseits werden SOCIAL PLATFORM, CONCORD und andere im Vorfeld der entsprechenden europäischen Ministerratssitzungen angehört oder arbeiten in entsprechenden Gremien und ständigen Arbeitsgruppen der verschiedenen Generaldirektionen (MARKT, HANDEL, EMPL, SANCO u.a.) mit.

Andererseits sind sie über die LIAISON GRUPPE im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss vertreten, wo sie eine „Brücke“ zwischen den EU-Institutionen und der organisierten Zivilgesellschaft schlagen, indem sie an Stellungnahmen, die in den Gesetzgebungsprozess einfließen können, mitarbeiten.

- Sie werden gefördert:

⁶ EYCA2013: <http://ey2013-alliance.eu/>

⁷ Major European Civil Society Organisations Gathered In Rome For Successful Launch Of Civil Society Europe: <http://www.civic-forum.eu/>

entweder durch Projekt- oder durch strukturelle Förderprogramme, die in Politikprozesse wie beispielsweise das Europäische Semesters und der Europa2020-Strategie eingebunden sind (Programme PROGRESS und E@SI).

- Sie können Erfolge vorweisen:

soziale Ziele der Europa2020-Strategie, Richtlinie zum Ausschreibungswesen, soziale Dimension der Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik, Anti-Diskriminierung und Grundrechtecharta u.v.a.m.

- Sie unterbreiten Vorschläge und Initiativen:

Themen für die europäischen Jahre, transnationale Initiativen und Projekte, Europäische Bürgerinitiative (zu Wasser z.B.).

- Sie bauen Brücken zu den Bürgerinnen und Bürgern, die in ihren nationalen, regionalen und lokalen Vereinen und Verbänden engagiert und organisiert sind, nicht nur durch die Vermittlung ihrer Arbeit, sondern durch deren Einbindung in transnationale Projekte und Kooperationen.

Der neue Kommissionpräsident hat von der letzten Chance für Europa („last exit“) gesprochen und neue Ansätze versprochen. Und das darf nicht nur die Deregulierungsagenda REFIT sein oder ein Wachstums- und Investitionsprogramm mit vielen Hebeln und wenig Effekten.

Eine französische Redewendung lautet: „Versprechen binden nur diejenigen, die daran glauben“. Wir glauben nicht, wir sind als europäische Zivilgesellschaft Teil der Prozesse und wollen einen Beitrag leisten, dass die europäische Politik die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellt. Analyse des „impact“ ja, aber der sozialen Auswirkung im Sinne des Artikel 9 des Lissabon-Vertrags.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt wird durch Engagement geschaffen und es sind immer noch Millionen Menschen, die quer durch Europa in Vereinen und Verbänden engagiert sind. Und ebendiese sind in europäischen Netzwerken zusammengeschlossen und ebendiese wollen ein neues Kapitel des zivilen (und zivilisierten) Dialogs auf europäischer Ebene eröffnen.

Deshalb: CIVIL SOCIETY EUROPE - OUR INTEREST IS THE GENERAL INTEREST – THE COMMON GOOD!

Autor:

Conny Reuter studierte Romanistik und Erziehungswissenschaften in Bonn und Köln. Nach seiner Arbeit als Europareferent bei der LIGUE DE L'ENSEIGNEMENT, seiner Tätigkeit als Referatsleiter beim Deutsch-Französischen Jugendwerk/DFJW, ist er seit 2006 Generalsekretär des europäischen Netzwerks SOLIDAR, Ko-Präsident der Liaison-Gruppe des EWSA, Mitbegründer und Vorstandsmitglied von SOCIAL SERVICES EUROPE und Vorstandsmitglied der

Arbeiterbildungsinternationale-IFWEA. Er war von April 2008 bis April 2013 Präsident der europäischen Sozialplattform. Er ist Mitinitiator der neuen Koordinierung CIVIL SOCIETY EUROPE.

Kontakt: Conny.Reuter@solidar.org

Weitere Informationen unter: www.solidar.org/Secretariat-Team.html

Redaktion:

BBE Europa-Nachrichten – Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundenetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 4

europa-bbe(at)b-b-e.de

www.b-b-e.de